

**UZ**Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

März/April 2011

# notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Sparen, sparen und noch mal sparen?

## Wir lassen uns nicht kaputt sparen!

**Jahr für Jahr beschließen SPD und CDU im Rat neue Einsparungen, Streichungen und Gebührenerhöhungen zu Lasten der Bürger.**

Aktuell: Erhöhung der Hundesteuer um bis zu 40 Prozent! Die Mieten steigen durch die Erhöhung der Grundsteuer B.

Den Nutzern des Bottrop-Passes werden die Vergünstigungen für den Besuch der Hallenbäder und des Stenkhoffbades gestrichen, ebenso die kostenlose Ausstellung des Personalausweises. Nach der Büchereizweigstelle Eigen soll jetzt auch noch die Zweigstelle Boy geschlossen werden.

Für die Schulen werden die Schuletats, die bereits auf den Stand von 1993 eingefroren sind, nach einer Kürzung um 20 Prozent (2006) jetzt um weite-

re 10 Prozent zusammengestrichen. Auch die Mittel für das Schulesen sollen um 10 Prozent gekürzt werden.

Neu eingestellte Reinigungskräften bei der Stadtverwaltung sollen künftig in die niedrigste Lohngruppe eingestuft werden - das bedeutet 334 Euro weniger. Ein klarer Bruch des Tarifvertrages!

Dringende Baumaßnahmen werden auf spätere Jahre verschoben. Die Schlaglöcher in den Straßen werden nach jedem Winter immer größer. Bottrop spart sich langsam kaputt!

Gleichzeitig befindet sich Bottrop in einer Vergeblichkeitsfalle der kommunalen Verschuldung. Trotz Nothaushalt muss Bottrop in diesem Jahr mit 2,65 Millionen Euro 400.000 Euro

mehr an den Fonds Deutsche Einheit überweisen. Bisher sind das einschließlich der Zinsen insgesamt ca. 120 Millionen Euro. Für Banken, die sich verzockt haben, werden über Nacht Milliarden an Steuergeldern bereit gestellt.

Die gleichen Banken verdienen sich an Zinszahlungen der Kommunen eine goldene Nase. 2014 muss Bottrop nur an Zinszahlungen bereits 15,8 Millionen Euro an die Banken überweisen.

Damit die Städte wieder Luft zum Atmen bekommen müssen die Schulden der Städte bei den Banken gestrichen werden. Die Banken gehören vergesellschaftet! Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten!

**Michael Gerber,**  
**Telefon: 96227****Ruf doch mal an:**  
**☎ 68 81 57**

## Zukunft

*Kein Geld, keine Kultur, gesundheitliche Beschränkung – und auch bald keine Identität mehr. So könnte die Zukunft für Hartz-IV-Bezieher aussehen. Bisher war die Ausstellung neuer Personalausweise für Inhaber des Bottrop Passes kostenlos. Die Verwaltung will künftig die neuen, 28.- Euro teuren Personalausweise nicht mehr bezahlen ebenso wie dafür eventuell nötige neue Fotos. Die Hartz-IV-Empfänger sollen das alles selbst finanzieren – durch „Ansparen“!**Weitere Möglichkeiten, die mit dem Bottrop-Pass gegeben sind, sollen ebenfalls abgebaut werden: So sollen die Hallenbäder und das Stenkhoffbad nicht mehr zu reduzierten Eintrittspreisen besucht werden können. Bei der Verwaltung überlegt sicher schon jemand, ob dort das Vorlegen eines neuen Ausweises nicht zur Voraussetzung für die Ausstellung eines Bottrop-Passes gemacht werden kann – so schlägt man zwei Einsparungen mit einer Klappe*

## Altes Denken...

*Auf der einen Seite setzt sich OB Tischler – SPD – für „Innovation City“ ein, womit in Bottrop Geld für nachhaltige Projekte eingesetzt werden soll – spricht für Energiesparen, die Förderung neuer Energien, „Neues Denken“ ...**Auf der anderen Seite schreibt SPD-Fraktionschef Ludes einen Brief an die SPD-Landtagsfraktion, doch bitteschön die B 224 zur Autobahn A52**auszubauen und spricht sich dafür aus, das Kraneburger Feld zum Industriegebiet plattzuwalzen. Das ist nicht gerade nachhaltig und zeugt eher von altem Denken, gegensätzlicher geht es kaum noch.**Die Essener SPD war da einsichtiger: Sie lehnt mittlerweile die A52 ab. Der Druck aus den Initiativen gegen die Transitautobahn sorgte für ein Umdenken. Es geht also –**auch in der SPD. In Bottrop verharret die SPD dagegen weiter im Alten Denken!*

Schule

# Reform oder Reförmchen?

**Eine Reform des Bildungswesens in Nordrhein-Westfalen ist längst überfällig. Seit mehr als zehn Jahren wird über PISA nur diskutiert. Die ersten fünf Jahre nach der ersten PISA-Studie hatte „Rot-Grün“ geschlafen, danach kam Rüttgers und „Schwarz-Gelb“ hat sich auch nicht gerührt. Nichts Grundlegendes hatte sich an den Zuständen in unserem Schulsystem geändert.**

Es scheint so, dass durch den Regierungswechsel in Düsseldorf Bewegung in die Schul-landschaft kommt. Dabei ist allerdings zu hoffen, dass es nicht wieder eine halbherzige Reform, sondern ein grundlegender Wandel unseres Bildungssystems wird.

Was die CDU hingegen fest-schreiben will, würde auf Dauer ein Zwei-Klassen-Schulsystem – Eliteschule und „Resteschule“ – bedeuten. Nach den Vorstellungen von CDU und FDP soll das Gymnasium beibehalten werden, damit nur das Bildungsbürgertum ihren Kindern die bestmögliche Bildung zukommen lassen kann. Das Gymnasium als Nutznießer des gegliederten Schulwesens erfüllt nach wie vor seine wesentliche Funktion zur vollen Zufriedenheit des deutschen Bildungsbürgertums - die soziale Selektion. Nach neuesten Erhebungen erreichen in Deutschland 83 von 100 Kindern aus Akademikerfamilien die Hochschulreife gegenüber nur 23 Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien.

Mit selten dagewesener Demagogie werden von CDU und FDP Ängste in der Bevölkerung geschürt, dass die neue Landesregierung das Gymnasium abschaffen wolle. So weit ist es doch noch gar nicht!

Aber, was spricht gegen das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse? Die DKP fordert schon seit Langem ein einheitliches

Schulsystem, in dem jeder Schüler und jede Schülerin nach seinen und ihren Neigungen gefördert wird.

Schon für das Schuljahr 2011/2012 will die rot-grüne Landesregierung die ersten Gemeinschaftsschulen, die alle Bildungsabschlüsse ermöglichen, genehmigen. Um diese Reform zum Erfolg zu führen und alle Kinder so gut wie möglich zu fördern, werden kleinere Klassen und gute Fortbildungskonzepte für die Lehrerkollegien an den Schulen benötigt.

Laut Schulministerin Löhrmann soll der von der Vorgängerregierung eingeführte Sozialindex beibehalten werden. Somit sollen strukturell benachteiligte Schulen durch zusätzliche Lehrerstellen unterstützt werden. Durch den Einsatz von Sozialpädagogen, Erzieherinnen oder Schulpsychologen soll diese Unterstützung noch ausgebaut werden.

Um dies alles umzusetzen, müssen mehr Lehrer her! Dafür muss in die Bildung investiert werden! Auch wenn der Umbau des Schulsystems viel Geld kostet, ist dies eine Investition in die Zukunft. Wir können uns auf Dauer die Benachteiligung von Kindern aus Nichtakademiker-Schichten nicht erlauben. Das würde in der Zukunft mehr Geld kosten, als die jetzige Schulreform.

Bleibt zu hoffen, dass die rot-grüne Landesregierung nicht auf halbem Wege wieder zurück rudert, weil sie vor der CDU und der FDP und dem Bildungsbürgertum kapituliert.

**Ulrich Kunold, Tel.: 7734190**



Kommentar

# Gespenst

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“ – so beginnt das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels aus dem Jahre 1848. Das Gespenst geht momentan mal wieder in Deutschland um. Anfang des Jahres erhob sich ein Mediengeschrei, wie es lange nicht mehr zu hören war. Die Beißer in den bürgerlichen Parteien wurden ebenso von der Leine gelassen, wie Kommentatoren in vielen Medien Säure aus den Tastaturen fließen ließen.

Höchste Zeit also, mal wieder klarzustellen: Die DKP hat das „K“ in der Mitte, weil sie den Kommunismus als erstrebenswertes Ziel ansieht. Und höchste Zeit, mal ein paar (Vor-)Urteile über Kommunisten geradezurücken:

**Kommunisten sind unbelehrbar:** Da ist was dran. Von denen, die Arbeitsplätze abbauen, Löhne drücken und Kriege anzetteln, lassen wir uns einfach nicht belehren. Wohl aber von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von der politischen Praxis. Und deswegen wird in der DKP oft diskutiert, dass die Fetzen fliegen. **Kommunisten nehmen der Oma ihr klein Häusken weg:** Grundfalsch. Das machen die Banken! Und deswegen wollen wir denen eins auf die Finger geben, damit die Oma ihr klein Häusken behält.

**Kommunisten wollen über die Politik doch nur an einträgli-**

**che Pöstchen zu kommen:** Ebenfalls daneben. Wir sind rot, nicht grün oder rosa. Wer Kommunist wird, hat eher die Chance, aus politischen Gründen im Knast zu landen, als dicke Gelder zu kassieren. Wer gesellschaftliche Karriere machen will, sollte besser die Finger von der DKP lassen.

**Kommunisten sind von gestern:** Die kommunistische Bewegung ist jetzt über 150 Jahre alt. Seitdem stehen wir in fast allen Ländern dieser Welt an der vordersten Front in sozialen Bewegungen, bei Streiks und wenn es nicht anders geht, auch in bewaffneten Aufständen. Seit 150 Jahren überprüfen wir immer wieder unsere Standpunkte und analysieren die gesellschaftliche und politische Entwicklung.

**Ist ja ganz nett, was die Kommunisten wollen, aber leider nicht realisierbar:** Wenn die kubanischen Revolutionäre sich dieses Vorurteil zu eigen gemacht hätten, würden die Enkel des Diktators Batista immer noch Kuba ausbeuten, Pavana wäre immer noch der Puff der USA und die Zuckerrohrarbeiter würden immer noch hungern. „Seien wir realistisch. Versuchen wir das Unmögliche!“ sagte Che Guevara. Vor Rückschlägen kann die Menschheit nie sicher sein - dass Veränderungen aber möglich sind, zeigt die Geschichte der Revolutionen. Und wir lernen daraus!

**Jörg Wingold, Tel.: 685911**

## Impressum

**Ich möchte...**

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

**Herausgeberin: DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop**

V.i.S.d.P.: Michael Gerber,  
 Germaniastr. 54, 46236 Bottrop

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de  
 www.dkp-bottrop.de

Auflage: 35.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel. Satz: mahjon99



Neulich im Winter in Stuttgart – oder in Bottrop oder in Berlin oder in Tunesien oder in Ägypten – aber da liegt ja kein Schnee

**Oben bleiben**

## Was hat Stuttgart 21 mit Bottrop zu tun?

Auf den ersten Blick würde jeder sagen: Nichts! Aber: Wofür steht Stuttgart 21? Für Geldverschwendung in ein Projekt, dass nur so vor Größenwahn strotzt! Denn: Nutznießer von Stuttgart 21 sind die Banken und die großen Baukonzerne. Der Bevölkerung bleiben die Kosten, nämlich die Steuergelder, mit denen das ganze Projekt finanziert wird. Erhebliche Umweltbelastungen, wie Eingriffe in das Grundwasser und die Zerstörung von Grünflächen sind die Folge! Der große Protest der Bürger berührt Bahn und Politik nicht im Geringsten.

Und was hat jetzt Bottrop damit zu tun?

Das Geld, das in Stuttgart verbuddelt wird, fehlt uns hier in Bottrop für notwendige Verbesserungen.

Hier einige Beispiele:

■ Am Brahmkamp benötigen die Anwohner eine Schallschutzwand an der Bahntrasse. Was an der Vonderbergstraße geht, sollte hier doch auch möglich sein. Die Bahn lehnt ab, weil kein Geld da ist! Nach Auffassung der Deutschen Bahn wären neue Lärmschutz-

fenster ausreichend. Aber was machen die Anwohner im Sommer, wenn sie ihre Gärten nutzen und ihre Fenster aufgrund der Wärme offen lassen wollen? Nicht nur der Lärm ist dann ein großes Problem, auch der Feinstaub, der mit jedem Zug hochgewirbelt wird!

■ Die Haltestelle Boy sollte im Zuge des Umbaus der Horster Straße behindertengerecht zugänglich gemacht werden. Die Bahn weigerte sich, einen Aufzug zu bauen. Nun baut man eine lange Rampe.

■ Die S-Bahn-Strecke von Bottrop nach Essen verläuft zwischen Bottrop und Essengerschede wie im vorletzten Jahrhundert immer noch einspurig. Der zweispurige Ausbau wäre notwendig, wurde aber auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Die Bahn hat angeblich kein Geld. Erinnern wir uns an das Zugunglück in Hordorf am 30. Januar 2011: Dort kam es auf einer eingleisigen Strecke zu einem schweren Unfall, der 11 Tote und 22 Verletzte forderte! Soll dies aus Kostengründen auch hier passieren? Gilt auch hier wieder: Profit vor Menschenleben?

■ Zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs wäre es sinnvoll, die Taktzeiten der S9 nach Essen auf 10 Minuten zu reduzieren. Das Gegenteil will der VRR. Die S9 soll nur noch im 30-Minuten-Takt fahren. Begründung: Es ist kein Geld da, weil der Bund weniger Zuschüsse für den ÖPNV gibt.

■ Seit Jahren fordert die DKP, die Bundesbahnbrücke an der Prosperstraße in Höhe des Ostlings zu vergrößern, sowohl in der Breite als auch in der Höhe. Mit der alten Brücke ist dies technisch nicht möglich. Die Bahn müsste eine neue Brücke bauen. Die Bahn weigert sich bisher, weil kein Geld vorhanden ist. Die LKWs bleiben also weiterhin darunter hängen. Wahrscheinlich ließe sich diese Liste noch verlängern! Alles gut Gründe, warum wir Bottroper die Gegner von Stuttgart 21 unterstützen sollten. Die Bahn muss sich endlich nach den Bedürfnissen der Menschen richten und nicht nach den Profitgeiern in den Führungsetagen der großen Konzerne.

**Birgit Lüdtkke-Jordan,**  
**Telefon: 0172-2147445**

**Teurer**

## Lebensmittel

Lebensmittel sind 2010 überdurchschnittlich teurer geworden. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen im vergangenen Jahr um 1,6 Prozent, während die Inflation insgesamt nur bei 1,1 Prozent lag. (...)

Damit setzt sich ein Trend der vergangenen Jahre fort. Nahrungsmittel wurden seit 2005 um 13 Prozent teurer. Alle Verbraucherpreise zusammen stiegen im gleichen Zeitraum dagegen nur um 8,2 Prozent. Damit sind vor allem Niedrigverdiener stark von den steigenden Preisen betroffen, da sie einen relativ großen Teil ihres Geldes für Lebensmittel ausgeben müssen. (...)

Im vergangenen Jahr wurden vor allem Obst (plus 5,2 Prozent) und Gemüse (plus 6,3 Prozent) teurer. Der Butterpreis machte einen Sprung um 23,7 Prozent. (...)

Deutlich teurer wurde im vergangenen Jahr auch Fisch. Fleisch und Milch kosteten dagegen nur 0,4 Prozent mehr. (...) Auch in diesem Jahr müssten sich die Verbraucher wieder auf „moderate Preissteigerungen“ einstellen, hatte die Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie (BVE) am Mittwoch in Berlin mitgeteilt. Grund dafür sei, dass die Agrarrohstoffpreise im Laufe des Jahres 2010 „sprunghaft“ gestiegen seien. Viele Hersteller hätten bereits Preiserhöhungen angekündigt.

Die Lebensmittelpreise waren bereits im Jahr 2007 massiv gestiegen. Auch damals hatte der Boom vor der Finanzkrise zu einer Preisrallye am Rohstoffmarkt geführt. Zwischenzeitlich waren die Rohstoffpreise im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise aber wieder in den Keller gefallen.

Meldung bei „t-online.de“ vom 20.1.2011 – hier mal ohne Kommentar – der Text spricht für sich. Eine Meldung über steigende Einkommen war nicht zu finden...

## Aus einem Antrag der DKP aus dem Jahre 2007

„Die DKP schlägt vor, in Bottrop ein Bundes- und Landesprojekt „Kohleförderung und Umweltfreundlichkeit – kein Widerspruch“ zu initiieren und zu installieren. Die DKP befürwortet außerdem, ein Bundes- und Landesprojekt „Bottrop – ökologisches Modell einer Industriestadt im Ruhrgebiet“ durchzuführen. (...)

*Bottrop hat sich schon seit Langem als „Stadt im Grünen“ dargestellt – nicht unberechtig, da zum Stadtgebiet im Vergleich zu anderen Großstädten ein großer Grünzug gehört, der durch Bautätigkeit allerdings immer kleiner wird. Auch haben sich erkennbar die Umweltbelastungen in Bottrop seit einigen Jahrzehnten reduziert – zum Teil durch technische Maßnahmen, zum Teil durch Schließung von Betrieben, die für starke Umweltbelastungen verantwortlich waren. Dennoch ist noch viel zu tun. Bottrop ist außerdem keine Insel und wird auch durch Dreckschleudern in der Nachbarschaft belastet.*

*Die DKP-Ratsfraktion ist der Meinung, dass Bottrop durchaus das Zeug zu einer Modellstadt innerhalb der Region Ruhrgebiet hat, in der(...)aufgezeigt wird, dass Industrie und Umwelt in Einklang gebracht werden können.*

*Insbesondere die Förderung und Verwirklichung des Gedankens der Nachhaltigkeit in Bottroper Klein- bis Großbetrieben und Privathaushalten sollte dabei oberste Priorität genießen und mit den Mitteln der Beratung, Unterstützung und materiellen Anreizen umgesetzt werden.“*



*Wenn man mit einem Bild über das Hansazentrum berichten will, kann man richtig was sparen: So sah das Innere im Mai 2009 aus – und so sieht es noch heute aus – von einer Belebung kann keine Rede sein... Mal sehen, ob dieses Bild auch 2012 oder 2013 noch aktuell bleibt – wir halten Sie auf dem Laufenden!*

### Innovation oder was?

## Bürgerbeteiligung – das wäre wirklich innovativ

*Bereits Anfang 1999 (!) schlug die DKP vor, Wasserstofftechnologie in Bottrop intensiver zu nutzen, Mitte 1999 hatte die DKP vorgeschlagen, Erdwärme für Heizzwecke zu verwenden, Anfang 2000 gab es dazu einen Antrag. Im Juli 2001 schlug die DKP vor, Bergbautechnologie aus Bottrop für Tiefengeothermie zu nutzen, Grubengas für Heizzwecke und Grundwasser mit Mitteln des Bergbaus intensiver zu verwenden, 2007 beantragte die DKP ein Modell, das dem von Innovation City verblüffend ähnlich sieht...*

*Von Kommunisten lernen heißt also mit „Innovation City“ siegen lernen? Nicht ganz, denn die DKP hatte in ihren Anträgen immer die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in den Vordergrund gestellt. Eine soziale Komponente ist bei „Innovation City“ bisher jedoch nur beiläufig zu erkennen.*

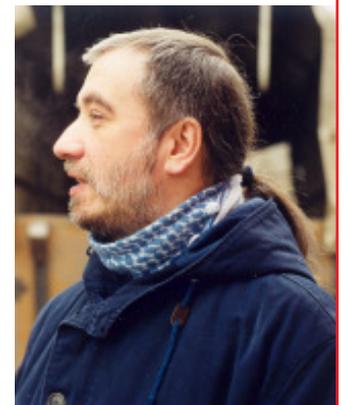
*„Innovation“ bedeutet ja „Erneuerung“, aber was wird daraus, wenn die Stadt*

*weiterhin ihr Tafelsilber verkaufen muss und die Kultur zum Teufel geht? Das ist eher Rückschritt, der als Fortschritt verkauft wird.*

*Um es mal deutlich zu sagen: Die DKP ist Befürworter von Innovationen, sonst hätte die DKP-Fraktion nicht die oben erwähnten Anträge gestellt, bei denen es ja immerhin um die erweiterte Verwendung von umweltschonender Technologie im Sinne der Nachhaltigkeit ging. Und die Bottroper Kommunisten begrüßen es ausdrücklich, dass die SPD sich hier endlich umweltfreundlicheren Positionen angeschlossen hat. Nur vermisst die DKP bisher bei „Innovation City“:*

*– die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt auf allen Ebenen an der Entwicklung von Modellen im Rahmen von „Innovation City“ und*

*– Ideen zur Erhaltung und Verbesserung der Infrastruktur unserer Stadt, insbesondere der Stadtteile, die immer mehr ihren Nachbarschaftscharakter verlieren (Abbau von kulturellen und sozialen Einrichtungen,*



*gen, kaum noch Einkaufsmöglichkeiten, immer weniger Ärzte und Apotheken in einigen Stadtteilen...). Wenn nicht bald vor allem die Bürgerbeteiligung gestärkt wird, läuft es auf das in dieser Stadt leider so Übliche hinaus: Einführung von „Innovationen“ von oben zum Teil gegen den Willen der Betroffenen. Die beteiligten Unternehmen werden natürlich intensiv „konsultiert“ – und verdienen sich eine goldene Nase. Innovativ ist das gewiss nicht! Die DKP wird das machen, was sie immer tut: nachhaken und veröffentlichen!*

**Jörg Wingold, Tel.: 685911**

# Neulich im Rat und in den Ausschüssen

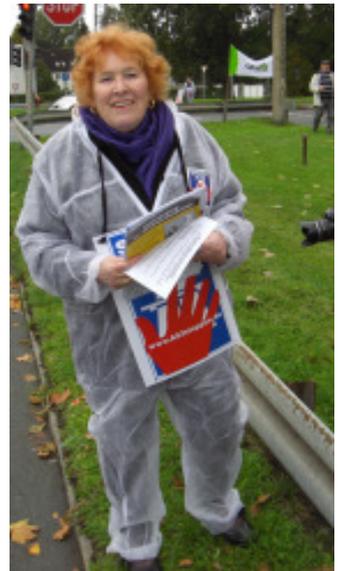
Als es im **Planungsausschuss** um die klimatische Bedeutung von Gärten, grünen Innenflächen und Straßenbäumen ging, verstieg sich doch Klaus Strehl (SPD und Ausschussvorsitzender) zu der Behauptung, es sei der „Schutzpatron der Frischluftschneisen“. Künftig darf also **Sankt Klaus** angerufen werden, wenn es um die Erhaltung solcher Flächen geht – obwohl seine Fraktion meist die Fingerchen hebt, wenn es um Abholzungen und Innenflächenbebauungen geht. Falls Sie ihn anrufen wollen:

Er steht nicht im Telefonbuch...

Ebenfalls im **Planungsausschuss** lehnte die **ÖDP** den städtischen Haushalt mit der Begründung ab, es werde darin nicht genug gespart! Wenn also zukünftig jemand von dieser Partei wieder über Einsparungen schimpft, fragen Sie sicherheitshalber, wie das gemeint ist: Genug gespart oder mehr Sparen?

Zum städtischen Haushalt gehört auch ein Maßnahmenkatalog zum **Stellen-**

**plan**. Dort ist die Rede von der Herabstufung der Reinigungskräfte von der zweitniedrigsten auf die niedrigste Lohngruppe – mit anderen Worten: Sie machen den Dreck weg – entsprechend sollen sie bezahlt werden. Die DKP hatte öffentlich empfohlen, die städtischen Putzfrauen sollten gegen diese Zumutung klagen. Die Antwort der Verwaltung: Diese Herabstufung gelte nur für zukünftige Einstellungen bei Ausscheiden von „Mitarbeiterinnen“. Da kann man nur raten: Nicht bei der Stadt Bottrop bewerben, hier werden Sie behandelt wie der letzte Dreck!



*Ratsfrau Irmgard Bobrzik unterstützt – wie viele DKP-Mitglieder – die Aktionen der Initiative „Stoppt AS2“ gegen den Ausbau der B 224 zur Transitautobahn*



*Mitglieder der DKP-Ratsfraktion im Gespräch mit Anwohnern der Bahnlinie im Vonderort. Während sich die Bahn nach langen Verhandlungen und Protesten an der Vonderbergstraße zu – wenn auch halbherzigen – Lärmschutzmaßnahmen bequeme donnern die Bahnen an den Straßen Im Brahmkamp, Lüderitz- und Wissmannstraße nicht nur weiter, sondern es wurden auch die wenigen Bäume abgeholzt, die wenigstens etwas Lärmschutz boten. Das brachte das Fass zum Überlaufen: Eine Nachbarschaftsinitiative wurde gegründet. Die Bahn sagt momentan jedoch nur Lärmschutz an den Fenstern der Anwohner zu. Das reicht jedoch bei Weitem nicht.*



*Der DKP-Nikolaus verteilte auch 2010 wieder Geschenke*

Im **Jugendhilfeausschuss** sorgte das älteste Mitglied – Frau Becker (FDP) – dafür, dass doch noch eine Mehrheit aus kleinen Parteien und Jugendverbänden gegen die Einsparzumutungen der

„Großen“ zustande kam. Im Hauptausschuss stimmte die FDP jedoch wieder für Kürzungen im Jugendbereich – sowas verstehen wahrscheinlich nur Mitglieder und Wähler dieser Partei...

## Atomkraft NEIN DANKE – aber bitte nicht gemeinsam!!

Gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sollte ein gemeinsamer Antrag von DKP, Linke und Grünen im Rat der Stadt Bottrop gestellt werden – so zumindest der Vorschlag der DKP. Die Grünen lehnen

diese Gemeinsamkeit jedoch mit dem Hinweis ab, sie wollten allein einen Antrag zu diesem Thema einbringen.

Kampf gegen AKW sieht anders aus! Grundlage des Antrages war übrigens ein

gemeinsamer Antrag von Grünen und Die Linke im Rat der Stadt Essen. Was in Essen möglich ist, scheiterte in Bottrop leider an der Haltung der Grünen!

**Ulrich Kunold,**  
**Telefon: 7734190**



## DKP fordert:

## Beendigung der Ein-Euro-Jobs

**Die DKP-Fraktion wird die Forderung nach Beendigung der Ein-Euro-Jobs in Bottrop in diesem Jahr zum Thema machen.**

Der Bericht des Bundesrechnungshofes, wonach davon 62 Prozent missbräuchlich eingesetzt werden, bestätigt die grundsätzliche Kritik der DKP an der Praxis. In dem Prüfbericht werden zahlreiche Beispiele von missbräuchlichen Arbeitsgelegenheiten aufgeführt, die auch für Bottrop zutreffen. Die DKP hat von der Stadt eine genaue Aufstellung verlangt, für welche Tätigkeit jede einzelne Maßnahme beantragt wurde und wie die Zusätzlichkeit gegenüber der Tätigkeit von städtischen Beschäftigten begründet wird.

Das Ergebnis: In Bottrop gibt es circa 500 Ein-Euro-Jobber, wovon 150 bei der Stadtverwaltung, 150 bei Wohlfahrtsverbänden und ca. 70 bei Kirchengemeinden eingesetzt werden. Auch in Bottrop werden durch die Ein-Euro-Jobs feste Arbeitsplätze vernichtet. Aus

Ein-Euro-Jobs werden nur in ganz seltenen Fällen reguläre Arbeitsverhältnisse, das bestätigte auch die Arbeitsverwaltung.

Bekanntlich hatte die DKP 2009 die genehmigte Nebentätigkeit des damaligen Leiters des Personalamtes der Stadt als Arbeitsvermittler scharf kritisiert. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit spricht in einem Gutachten von „Missbrauch“. Bezugnehmend auf diese Studie heißt es in der Ausgabe des „Spiegel“ (1/2011, Seite 20) „In Bottrop betrieb ein Spitzenbeamter der Kommune nebenbei eine private Arbeitsvermittlung. Seine Lebensgefährtin war in der Behörde praktischerweise mit zuständig für die Betreuung von Hartz IV-Empfängern.“ Damit wird inzwischen selbst vom Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit die damalige öffentliche Kritik der DKP geteilt.

**Irmgard Bobrzik,  
Telefon: 62020**

## Strompreise

## ELE = Elend?

Zu Beginn des neuen Jahres hat die ELE (Emscher-Lippe-Energie GmbH) die Preise für Strom in Bottrop erneut erhöht und zwar um 14 Prozent! Für einen Haushalt mit durchschnittlichem Stromverbrauch steigen die Kosten um mindestens 50.- bis 100.- Euro pro Jahr. Begründet wird dies von der ELE mit der Erhöhung der „Umlage für Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien“ für das Jahr 2011, mit dem die Verbraucher den Ausbau der Erneuerbaren Energien fördern und der Strompreis von 2,05 Cent auf 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen wird.

Die wahren Preistreiber sind jedoch vor allem die massiv steigenden Gewinne der Stromkonzerne! Allein RWE kassierte nach einer aktuellen Studie im Jahr 2009 durch überhöhte Strompreise 2,3 Milliarden Euro zuviel. Durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke errechnet das unternehmerfreundliche „Managermagazin“ einen Reingewinn für die Stromkonzerne in Höhe von 68 Milliarden Euro in fünf Jahren.

Die Verbraucher sollen für diese Profite zahlen, von den ge-

ringen Löhnen, von den kleinen Renten, ja von den beschämenden Hartz-IV-Regelsätzen fließt das Geld direkt in die Taschen der Konzernmanager und der Aktionäre.

Die Stadt Bottrop als Anteilseigner der ELE muss ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und alles dafür tun, um diese unsoziale Strompreiserhöhung zu verhindern.

Die DKP-Ratsfraktion hat daher beantragt, dass der Rat der Stadt Bottrop seine Mitglieder in den Aufsichtsgremien der ELE auffordern soll, sich gegen die geplante Strompreiserhöhung auszusprechen. Oberbürgermeister Tischler (SPD) als Vertreter der Stadt Bottrop in der Gesellschafterversammlung, Herr Ludes (SPD) als Aufsichtsratsmitglied, Herr Nordwig (Stadtverwaltung – SPD) und Herr Winkler (CDU) als satzungsmäßige Gäste des Aufsichtsrats der ELE werden aufgefordert, sich für die Rücknahme dieser unsozialen Erhöhung einzusetzen. Es dürfte spannend werden, wie sich der Rat der Stadt und diese Herren äußern werden.

**Gertrud Schulz,  
Telefon: 684055**

## Erst Eigen, dann Boy?

## Bücherei in Boy retten!

Schon seltsam: Da gibt es in der Boy eine Stadtteilbibliothek, die trotz reduzierter Öffnungszeiten von den Menschen angenommen und von Ehrenamtlichen unterstützt wird, und dennoch soll sie dicht gemacht werden. Es geht hier schon gar nicht mehr um Einsparungen, sondern darum, ein „Sparsignal“ zu setzen, so hört man es von den Verantwortlichen bei der Stadt. Mittlerweile haben die aber schon ein wenig Angst gekriegt – Angst vor einem Bürgerbegehren, denn die Boyer Bürger lassen sich nicht klein kriegen und haben schon Unter-

schriften gegen die Schließung gesammelt. So will man jetzt doch erst mal warten, wie sich im Eigen das „Bibliothekskonzept“ twickelt.

Sie werden jetzt fragen: Wieso im Eigen, da ist doch die Stadtteilbibliothek schon geschlossen? Wo soll da denn ein Konzept helfen? Kulturamtschef Wollek glaubt, die Quadratur des Kreises könne gelingen und „Konzept mal null“ könne mehr als null ergeben. Die Boyer werden schon genau schauen, ob sie da nicht verhöhnenpelt werden sollen!

**Ria Reichel, Tel: 51830**



Winter kommt immer so plötzlich

# Winterdienst der BEST

**Der Winter hatte Bottrop im Dezember voll im Griff. Reichlich Schneefall sorgte überall für eine weiße Pracht. Die eingestaubten Schlitten wurden nicht nur für die Kinder aus den Kellern geholt.**

Die Begleitumstände waren weniger erfreulich. Das Winterwetter mit den Schneemassen sorgte für Chaos auf den Straßen in Bottrop. Der Winterdienst der BEST schaffte es gerade die Hauptverkehrsstraßen befahrbar zu halten. Schon beim kalendarischen Winterbeginn waren die Streumittelvorräte fast aufgebraucht.

Die Probleme im Winterdienst haben ihre Ursachen in der Finanznot der Kommunen und der öffentlichen Haushalte. Unter dem Spardruck der kommunalen Verschuldung haben die Städte das Material und das notwendige Personal für den Winterdienst immer weiter reduziert. Städtische Ämter werden wie Wirtschaftsbetriebe geführt. Ein ausreichender Fuhrpark mit Streu- und Räumfahrzeugen sowie die Lagerung von genügend Streumaterial ist aus dieser Sicht eine unnötige Kapitalbindung, die es aus Profitgründen zu vermeiden gilt. Ebenso wird an gut ausgebildetem Personal gespart. In Gelsenkirchen wurden zum Beispiel vorrangig die vertraglich vereinbarte Streu- und Räumpflicht auf Konzerngrundstücken durchgeführt und das öffentliche Straßennetz vernachlässigt. Private Aufträge steigern Umsatz und Gewinn der Entsorgungsbetriebe. Da gerät die öffentliche Daseinsvorsorge schnell zur lästigen und unliebsamen Nebensache. Nicht Schnee und Frost, sondern das Profitdenken in den Rathäusern ist das Problem beim Winterdienst.

Als DKP-Ratsherr wollte ich mir selber einen Eindruck von den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei dem städti-

schen Entsorgungsbetrieb BEST in Bottrop machen. Mit Zustimmung der Kollegen hatte ich am ersten Weihnachtstag von 4.00 Uhr morgens bis 13.00 Uhr eine Schicht auf einem Räum- und Streufahrzeug begleitet. Überrascht war ich, dass nur die Räumung von zwei großen Kreuzungsbereichen in der Innenstadt bereits fast eine Stunde dauert. Selbst im Stadtgebiet ist das schwere Räumfahrzeug zweimal im Schnee stecken geblieben. In engen, zugeparkten Straßen muss der Schnee nicht nur geräumt, sondern abtransportiert werden.

Am mangelnden Einsatzwillen der Beschäftigten im Winterdienst liegt es nicht. Die Beschäftigten der BEST hatten an diesem Weihnachtstag noch die Mittagschicht und die Nachtschicht zu leisten. Bei einem solchen Dauereinsatz und der geringen Personalstärke wird die gesetzlich zulässige Wochenarbeitszeit und die vorgeschriebene Ruhezeit nicht immer eingehalten. Die WAZ kommentierte später: „Manche mögen ihm Populismus vorwerfen – aber Michael Gerber hat sich durch die Frühschicht auf einem BEST-Fahrzeug bestimmt gut auf die Diskussion zu Veränderungen beim Winterdienst vorbereitet. Er kennt jetzt auch die andere Seite – nicht nur die Bürgerbeschwerden, sondern auch die Erfahrungen der Männer oben auf den Bock.“

Das Material und vor allem die Belegschaftsstärke der BEST muss den veränderten Witterungsbedingungen angepasst werden. Dazu bedarf es einer intensiven Diskussion in den zuständigen politischen Gremien. Wenn befahrbare Straßen und geräumte Wege zu den Pflichtaufgaben einer Stadt gehören, darf dies nicht dem Spardiktat zum Opfer fallen.

**Michael Gerber,  
Telefon: 96227**



Friedhofsgebühren

# Teuer unter die Erde

**Alle Jahre wieder kommt das Christuskind! So singen es auf jeden Fall die Christen in unserem Land! Es ließe sich darüber streiten, ob das wirklich so ist.**

Eine Tatsache ist jedoch, dass alle Jahre wieder die Friedhofsgebühren erhöht werden. So ist es auch jetzt wieder!

Die Stadtverwaltung behauptet einen Mehrbedarf für 2010/2011 von 221.301 Euro, der auf die Friedhofsgebührentarife umgelegt werden soll – eine Kostensteigerung von 7,97 Prozent!

Die DKP-Fraktion hält die Forderung der Gemeindeprüfanstalt nicht für statthaft, den Fehlbetrag von 40.655 • aus den Vorjahren auf die Beerdigungen im laufenden Jahr abzuwälzen. Was können die Toten von morgen für die Fehlalkulation der Verwaltung von gestern?

70 Prozent der Gebührensteigerung resultiert aus der Senkung des öffentlichen Grüns von 40 auf 35 Prozent. Vor zwei Jahren hatte die Verwaltung noch eine Erhöhung des öffentlichen Grüns von 40 auf 55 Prozent vorgeschlagen. Bottrop hat im Gegensatz zu anderen Ruhrgebietsstädten keine großen Parkflächen - außer dem Stadtgarten und dem Volkspark Batenbrock. Dieser Mangel an „Öffentlichem

Grün“ wird durch die Friedhöfe ausgeglichen. Sie dienen auch der Naherholung und haben eine wichtige ökologische Funktion.

Gruften, Familiengräber und Erdbestattungen sind rückläufig, Wiesengräber, Urnen- und anonyme Bestattungen nehmen zu. Daraus folgt eine Zunahme des öffentlichen Grüns. Dieser Anteil des öffentlichen Grüns muss aus dem allgemeinen Haushalt bestritten und darf nicht auf die Bestattungskosten umgelegt werden.

Die allgemeine Kostensteigerung von 25.646 Euro würde eine Gebührensteigerung von 0,92 und nicht von 7,97 Prozent rechtfertigen. Selbst diese Steigerung ließe sich noch senken, denn die Zusatzkosten wie kalkulatorische Abschreibungen und Verzinsung des Anlagenkapitals mit jeweils 7 Prozent sind nach den Personalkosten bereits die höchsten Etatposten.

Alle Jahre wieder hat auch diesmal die DKP-Ratsfraktion die Änderung der Gebührensatzung für die Friedhöfe abgelehnt. Wir lehnen es ab, dass die Angehörigen für die defizitäre Haushaltslage der Stadt bezahlen. Das ist in unseren Augen Betrug am Gebührenzahler und somit Betrug an den Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

**Dagmar Gerber, Tel: 96227**

**Kunst kommt NICHT von Können...**

# Alles Latte?

**Da kochten die Emotionen hoch: Die Büchereizweigstelle Eigen wird geschlossen, um 16.000 Euro zu sparen, während der Kulturausschuss beschließt, 80.000 Euro öffentlicher Gelder für ein Kunstwerk fraglichen Wertes auszugeben: Einen länglichen, bunt bemalten Gegenstand des Künstlers „Venezia“ – im Volksmund hatte das Ding schnell seinen Spitznamen weg: Es hieß nur noch „Die Latte“.**

Hätte die DKP diesen Beschluss nicht öffentlich gemacht, wüssten nur wenige Eingeweihte von diesem Vorgang. Bei der Büchereizweigstelle stand von Beginn an nur die Schließung zur Diskussion. Ob das künftige Bibliothekskonzept für den Stadtteil überhaupt wirksam wird, bleibt bei den Finanzmitteln von lediglich 6.000.- Euro äußerst fraglich. Das vielfältige Angebot einer Büchereizweigstelle ist damit nicht zu ersetzen.

Die DKP hatte in der Sitzung des Hauptausschusses gefordert, dass für die folgende Ratsitzung das Gutachten zum Werk von Venezia, das den Geldgebern, dem Land, der Kulturstiftung der Sparkasse und dem Förderverein des Qua-

drates vorgelegen haben soll, den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Der Leiter des Quadrats, Herr Liesbrock, musste jedoch eingestehen, dieses Gutachten überhaupt nicht zu kennen! Außer den Werken von Josef Albers wurde bisher kein Kunstwerk im Werte von 80.000.- Euro für das Quadrat angeschafft. Diesmal tat der Kulturausschuss das jedoch, ohne ein Gutachten zu kennen, um beurteilen zu können, wie sich das Werk von Venezia überhaupt in die Sammlung des „Quadrats“ einfügt.

Die Entscheidung über die Anschaffung des Werkes mit öffentlichen Geldern des Landes

und der Sparkasse hat der Rat der Stadt mit Mehrheit gegen die Stimmen der DKP bestätigt und gegenüber den Bürgern zu verantworten. Herr Liesbrock kritisierte den mangelnden Respekt (der DKP!!) vor der Institution Quadrat – und damit seinem Fachwissen. Michael Gerber fragte jedoch für die DKP, wo die Achtung vor den Bürgern, die mit Recht Transparenz fordern, und wo das Recht des Rates der Stadt bleibt, dem das Gutachten zur Bewertung des Werkes von Venezia vorenthalten wird. Alles Latte oder was??

**Herbert Dibowski, Tel.: 33855**



**Weihnachtsbeihilfe**

# Mal wieder abgelehnt

Hartz IV bedeutet „Armut per Gesetz“ und ermöglicht kein menschenwürdiges Leben. Menschen, die mit Hartz IV leben müssen, wird auch weiterhin durch die skandalöse „Erhöhung“ des Regelsatzes für Erwachsene um lächerliche fünf Euro die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Die neuen Hartz-IV-Regelsätze wurden von der Bundesregierung gezielt klein gerechnet. Nicht die Würde des Menschen, sondern die Kassenlage des Bundes war ausschlaggebend für den künftigen Regelsatz.

Vor Einführung von Hartz IV hat das Sozialamt Sozialhilfeempfängern als freiwillige Leistung eine Weihnachtsbeihilfe gewährt. Die Bestimmungen sehen keine einmaligen Beihilfen für Empfänger von Hartz IV wie Weihnachtsbeihilfen mehr vor. Ein „Ansparen“ von Geld, um das Weihnachtsfest in der Familie würdevoll zu begehen, ist mit dem bestehenden Regelsatz nicht möglich.

Mit einer Weihnachtsbeihilfe für Sozialleistungsberechtigte würde die Stadt Bottrop ihrer sozialen Verantwortung etwas mehr gerecht werden. Das hatte die DKP-Fraktion auch wieder beantragt – die Mehrheit lehnte ab.

Fröhöhöhliche Weiheihnachtszeit...

**Günter Ziemmek, Telefon: 4089023**

# Pressefest zum Sommer

Pünktlich zum Sommerbeginn findet vom 24. bis 26. Juni 2011 in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest - Volksfest der DKP statt. Es ist das 16. Fest, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind inzwischen zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden.

Unsere Gäste sagten:

- \* Das interessanteste Volksfest der Linken.
- \* Das spannendste Volksfest der Linken.
- \* Das schönste Volksfest der Linken.

## Soli-Buttons zum Pressefest

Kein Eintritt. Zur Finanzierung wird gebeten, den Fest-Button für 5,- Euro Solidaritäts-Beitrag zu kaufen.

Mit dem Verkauf und dem Kauf der Solidaritäts-Buttons wird ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung des UZ-Pressfestes geleistet.

